



KIERSPE

MÄRKISCHER KREIS

Atomwaffenfreie Zone

Der RAUK
SPD Kierspe

Januar 1988

Liebe Leserinnen und Leser,

"laßt die Chance nicht vorübergehen". Das war die Überschrift eines Beitrages im letzten RAUK, der sich mit der Abrüstungsfrage beschäftigte.

Wir freuen uns, daß in der Zwischenzeit die Null-Lösung für die in Europa stationierten Mittelstreckenraketen zwischen den Supermächten vereinbart wurde. Für sie hatte sich die Kiersper SPD mit einer Unterschriftenaktion eingesetzt. Wir glauben, daß das Abkommen ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Aber wir wissen auch, daß weitere Schritte folgen müssen.

In diesem RAUK haben wir mehrere kommunalpolitische Probleme aufgegriffen, die in letzter Zeit den Nerv vieler Bürger getroffen haben, z.B. die Kleineinleiterproblematik. Der Ansturm auf die entsprechende Veranstaltung unseres Ortsvereins Bollwerk-Vollme war ein deutliches Signal dafür.

Kaum hat sich die Auseinandersetzung um die Gestaltung des Haunerbusches gelegt, steht mit der Erneuerung des Dorfkerns eine neue Aufregung ins Haus.

Auch in der "großen" Politik hat es einschneidende Veränderungen gegeben, die auch die Kiersper Haushalte betrifft. Bei der Steuer- und Krankenkassenreform wird es nicht nur Positives sein, wie unsere entsprechenden Artikel aufzeigen.

Einige unserer Beiträge sind recht lang geworden. Die Vielschichtigkeit der meisten im RAUK behandelten Themen erfordert aber eine ausführliche Darstellung, weil nur so eine sachliche Information gewährleistet ist, die Voraussetzung für Ihre fundierte Beurteilung und Mitsprache ist.

Wir freuen uns, wenn Sie unser Informationsangebot im RAUK annehmen, und möchten Sie auch zu den öffentlichen Veranstaltungen unserer Ortsvereine einladen, in denen eine breite Palette aktueller politischer Themen angesprochen wird.

Hinweise dazu finden Sie in der Tagespresse.

Mit den besten Wünschen für das Jahr 1988

Ihre Mari Fricke 2



Kleineinleiter in Kierspe

Ein neues Wohnzimmer oder ein neues Auto lassen sich im privaten Bereich besser verkaufen als eine neue Kläranlage. Dasselbe gilt für eine neue Straße oder auch ein neues Rathaus verglichen mit einem Kanal im kommunalen Bereich. Letzterer liegt bei einwandfreier Funktion völlig in der Erde und ist kaum wahrzunehmen. Überdies ist er für Einweihungen und ähnliche Feierlichkeiten, die überwiegend Repräsentationszwecken von Rat und Verwaltung dienen, höchst ungeeignet. So oder ähnlich formulierte der Arnberger Regierungspräsident die Schwierigkeiten, die man hat, wenn man eine breitere Öffentlichkeit mit Problemen der Abwasserbeseitigung vertraut machen will. Am 25.11.1987 war der Ortsverein Bollwerk - Vollme daher auch sehr überrascht, daß so viele Bürger zu seiner Versammlung kamen, die sich mit den Problemen der "Kleineinleiter" auseinandersetzte. Der Saal war viel zu klein für die Menge der Interessierten. Aus diesem Grund hält der RAUK es für sinnvoll, sich in diesem Heft mit dieser Frage zu beschäftigen.

In Kierspe sind mehr als 1800 Kleinkläranlagen vorhanden. Nur die Hälfte davon entspricht den gesetzlichen Anforderungen. Ein Viertel der Anlagen sind mehr oder weniger sanierungsbedürftig; der Rest ist in einem derart schlechten Zustand, daß die Anlagen erneuert werden müssen.

Die hier angeführten Punkte (Gebühren, Kosten, Auflagen) haben die Abwasserkosten für die Bürger in den Rand- und Außenbereichen in den letzten Jahren sehr erhöht. Ein weiterer Punkt, an dem sich die Gemüter besonders erhitzen, ist die von vielen Bürgern nicht verstandene Teilung der Klärschlamm Entsorgung in zwei Bereiche. Der Klärschlamm der Bürger aus dem Wassereinzugsgebiet der Volme ist bei der Kläranlage Grünenbaum abzuliefern, weil das Volmetal zum Einzugsgebiet des Ruhrverbandes gehört, der auch die Kläranlage betreibt.

Die Bürger aus dem Einzugsgebiet der Kerspe und der Lingese gehören abwasser- und Klärschlammäßig zum Wupperverband. Dieser Klärschlamm muß bis nach Hückeswagen(!) gebracht werden, weil näherliegende Kläranlagen des Wupperverbandes (Lingese - Stöcken, Rönsahl, Marienheide, Wipperfürth) angeblich nicht aufnahmefähig sind. Eine naheliegende, bürgerfreundliche und außerdem unbürokratische Entsorgung auch dieses Klärschlammes in der Anlage Grünenbaum des Ruhrverbandes findet nicht statt, weil dem offenbar kleinliche Verbandsinteressen engstirniger Bürokraten entgegenstehen. Als Folge dieses "bürgernahen" Verhaltens der Abwasserverbände sind die Entsorgungskosten der Bürger an Lingese, Kerspe und oberer Rönsahl gegenüber den Ruhrverbandsanliegern je nach Abfuhrunternehmen um ca. 50% erhöht.

Die gestiegenen Kosten und die umweltfreundlichen Anforderungen an die Funktionsfähigkeit der Sickergruben führt dazu, daß in den größeren Siedlungen des Außenbereichs immer öfter der Ruf nach einem Kanalanschluß zu hören ist. Laut Gesetz sind die Städte und Gemeinden für die Entsorgung der Abwässer verpflichtet, soweit sie dazu in der Lage sind. In Kierspe ist die Lage etwa so:

Die Stadt ist seit langem im Ausgleichsstock, d.h. sie kann ihre Ausgaben nicht aus eigenen Einnahmen decken. Daher kann sie nur in begrenztem Umfang Mittel für den Bau von größeren Objekten wie Kanälen im Außenbereich aufbringen. Zudem ist bedingt durch die bergige Landschaft und die teilweise weite Zersiedlung der Bau entsprechend langer Kanäle sehr teuer.

Bei geringer Anschlußdichte (wenig Hausanschlüsse pro Kanalkilometer) ist eine Kostendeckung durch Kanalanschlußgebühren kaum zu erwarten, und daher wird der Anteil der städtischen Kosten, d.h. aller Kiersper Bürger, sehr hoch.

Zudem müssen häufig Schmutz- und Regenwasser getrennt werden, d.h. es müssen zwei getrennte Leitungen verlegt werden, bzw. Regenrückhaltebecken gebaut werden.

Ein Glück das meine Frau nicht trinkt



Sons wär' meine Sickergrube noch schneller voll



Herr Stoltenberg, Familie Schmitz-Linde und das Kiersper Haushaltsloch

Was die Kiersper Normalbürger Herr und Frau Schmitz-Linde von Stoltenbergs Steuerreform in den nächsten Jahren zu erwarten haben, ist durch die Presse und das Fernsehen hinreichend bekannt geworden. Skepsis, ob in einem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt wie bei Schmitz-Lindes unter dem Strich eine spürbare Einkommensverbesserung herauskommt, ist mehr als angebracht. Im Gegenteil: Wie unser Vergleich im Info-Kasten 1 besonders Krass zeigt, schafft die Steuerreform nur noch mehr Steuergerechtigkeit.

Aber das ist noch nicht das dicke Ende! Von den erheblichen Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte (über 40 Milliarden Mark)

Info - Kasten 1

Stoltenbergs Steuerreform:
Umverteilung von unten nach oben?!

Zwei Beispiele:

Durchschnittsverdiener,
verh., zwei Kinder
Monatsgehalt: 3.300,-- DM

mtl. Steuerentlastung:
ab Jan. 1988: 8,-- DM

Spitzenverdiener

Monatseinkommen:
25.000,-- DM

mtl. Steuerentl.:
519,-- DM



Das heißt im Klartext:

Bei 8-mal so hohem Einkommen erhält der Spitzenverdiener
65-mal so hohe Steuerentlastung!

MEHR STEUERGERECHTIGKEIT??



sind besonders die Länder und vor allem die Kommunen betroffen - und das trifft die Familie Schmitz-Linde in Kierspe noch einmal in hohem Maße.

1988 beträgt das Kiersper Haushaltsloch nämlich 2,7 Millionen DM - und das, obwohl man auch diesen Haushalt als ausgesprochenen Sparhaushalt bezeichnen kann. Wie sagte der neue Kiersper Stadtdirektor über den von ihm eingebrachten Entwurf: ein Haushalt, der viele Hoffnungen nimmt. (siehe auch Info-Kasten 2)

Diese Situation ist für Kierspe um so ärgerlicher, weil durch konsequente Einsparmaßnahmen der letzten Jahre das Loch im Kiersper Stadtsäckel wieder gestopft war: die Haushaltsrechnungen der letzten drei Jahre waren ausgeglichen. Das wichtige "Raus aus dem Ausgleichsstock!" schien greifbar nahe; die Voraussetzungen für mehr kommunale Gestaltungsmöglichkeiten waren wieder da. (siehe auch Info-Kasten 3)

Info - Kasten 2

Die Gründe für das Kiersper Haushaltsloch:

1. Durch den Konjunkturbedingten Wirtschaftsabschwung ist das Steueraufkommen durch Gewerbesteuer schon in der 2. Jahreshälfte erkennbar zurückgegangen:
Geschätztes Minus in 1988:
ca. 800.000,-- DM. (Und was wird bei einem Konjunkturereinbruch in 1988?)
2. Das Steuersenkungspaket des Bundes bringt Einnahmeausfälle beim Anteil an der Einkommenssteuer.
Kalkuliertes Minus in 1988:
ca. 900.000,--DM.
3. Obwohl das Land Nordrhein - Westfalen die Zuweisungsmasse für die Kommunen insgesamt um 3,6% angehoben hat, wird die Stadtkasse Kierspe ca. 1,1 Millionen DM im Jahr 1988 weniger an Schlüsselzuweisungen erhalten. Diese Verminderung ist darauf zurückzuführen, daß als Grundlage für die Bemessung der Schlüsselzuweisungen ein Zeitraum (1.7.86 - 30.6.87) gewählt wird, in dem die Stadt Kierspe überdurchschnittlich hohe Steuereinnahmen hatte. Die Verminderung ist steuersystembedingt und einmalig. Aussagen, daß die Landesregierung die Stadt Kierspe zur Kasse bittet, sind sachlich falsch.

Fazit: Die Stadt Kierspe hat nach drei Jahren ausgeglichener Haushaltsführung trotz des Sparhaushalts einen Fehlbedarf von 2,7 Millionen DM zu erwarten.

Erinnern wir uns: die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kierspe hat als einzige Fraktion in jedem der kritischen Jahre alle Haushaltspläne mitgetragen. Die SPD war sich ihrer besonderen Verantwortung auch dann bewußt, wenn sie - allein um des Ziels der finanziellen Gesundung willen - gelegentlich die Steuerhebesätze anheben mußte.



Für 1988 scheint aber eine Erhöhung etwa der Gewerbesteuerhebesätze gerade bei sich verschlechternder Wirtschaftslage kein geeignetes Mittel zu sein. Außerdem würden dadurch nur ca. 10% der Einnahmeausfälle ausgeglichen. Es scheint eher geboten, mit guten Argumenten gegen eine drohende von oben zwangsweise verordnete Anhebung Widerstand anzukündigen.

Info - Kasten 3

Was bedeutet eigentlich Ausgleichsstock?

Wenn eine Gemeinde die ihr vorgeschriebenen Ausgaben nicht mehr aus eigener Kraft bezahlen kann, muß das Land für sie einspringen. Die Gemeinde ist dann im "Ausgleichsstock".

Die Ausgaben dieser Gemeinde werden durch die Bezirksregierung (für Kierspe sitzt die in Arnsberg) streng kontrolliert. Alles, was ihr als unnötig erscheint, wird gestrichen.

Die Gemeinde darf an freiwilligen Ausgaben - für Sportförderung, Kultur und Soziales - nicht mehr als 8,-- DM pro Einwohner ausgeben, das sind in Kierspe im Jahre 1988 117.872,-- DM. Der Gemeinde sind also enge Grenzen gesetzt, wenn es um Zuschüsse für Übungsleiter in den Sportvereinen, für kulturelle Veranstaltungen oder die Verbände der Wohlfahrtspflege geht.



Wie wirkt sich nun das Kiersper Haushaltsloch für die Schmitz-Lindes aus?

Die Investitionstätigkeit der Stadt sinkt im nächsten Jahr um ca. 11%. Das heißt im Klartext: Die Schmitz-Lindes werden noch erkennen, daß begonnene Investitionen fortgesetzt werden:

- In den Neubaugebieten werden auch weiterhin Schritt für Schritt die noch nicht fertigen Straßen ausgebaut.
- In Kierspe - Dorf wird der AWO - Kindergarten ausgebaut.
- Grundschule und Jugendzentrum mit der von den Rönsahler Vereinen so dringend für nötig befundenen Turnhallenerweiterung werden realisiert.
- Kanal- und Entwässerungskonzepte werden natürlich weiter verfolgt.

Nur: In den nächsten Jahren wird jede Mark mehrmals umgedreht werden müssen:

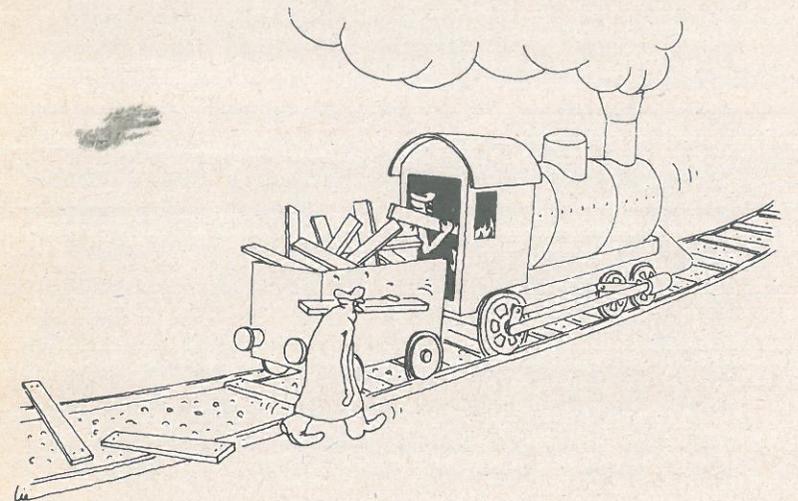
Neue Investitionen, die wahrscheinlich nur durch neue Schulden finanziert werden können, werden nur dann durchgeführt werden dürfen, wenn sie zu Einsparungen in anderen Bereichen führen. Das sind zum Beispiel alle Maßnahmen, die zur Energieeinsparung in den öffentlichen Gebäuden führen. Ausgaben für Wärmedämmung und Meß- und Regelungstechnik helfen Energiekosten sparen.

Und wenn die Schmitz-Lindes sich in den nächsten Jahren über ein nicht ausgebeSSERTES Schlagloch in ihrer Straße ärgern, wenn sie das magere kulturelle Angebot in Kierspe beklagen, wenn sie in der Stadtbibliothek Neuerscheinungen des Büchermarktes vermissen oder wenn sie sich wundern, daß die oft angekündigte Modernisierung des Hallenbades noch immer auf sich warten läßt, dann hat das eben auch etwas mit Stoltenbergs Steuerreform zu tun.

Es war einmal

Es war einmal ein kleines Land, das Land Sierkreschikräm. In diesem Land herrschte ein weiser König, beraten von seinen 15 Ministern. Das Land hatte fast alles, was das Herz entzückte: unter anderem auch ein kleines Bahnnetz und ein großes Busunternehmen. So konnten sich die Bewohner des Landes Sierkreschikräm besuchen, in den Städten der Nachbarschaft einkaufen oder auch mal in ein Konzert gehen.

Eines Tages erfuhr der König zu seinem größten Entsetzen, daß das kleine Bahnnetz noch mehr verkleinert werden müßte. Und er beriet sich mit seinen 15 Ministern, was zu tun sei. Nach langen Beratungen beschloßen alle, daß dort, wo der Zug nicht mehr verkehrte, eben der Bus häufiger fahren müsse. Und der König und seine Minister waren zufrieden, einen so weisen Beschluß gefaßt zu haben. Nur die Bürger des Landes waren es nicht. Denn sie konnten nicht mehr so einfach wie vorher verreisen. Also kauften sich mehr Bürger ein Auto. Und die Busse fuhren mit weniger Leuten.





Nun wußten der König und seine Minister auf einmal nicht mehr, wie sie die Kosten für die Busse aufbringen sollten. Aber sie brauchten die Busunternehmen, schon weil sie die Kinder in die Schule bringen mußten. Und da beschlossen sie, die Busse seltener fahren zu lassen. Die Leute aber, die vorher mit dem Bus gefahren waren, kauften sich, wenn sie konnten, ein Auto, damit sie wie bisher Freunde besuchen, einkaufen oder auch mal in ein Konzert gehen konnten. Die Bürger aber, die sich kein Auto kaufen konnten, hatten eben Pech und mußten zu Hause bleiben. Die Busse aber wurden immer leerer und leerer. Aber auch leere Busse kosten Geld, und so beschlossen der König und seine Minister, sie noch weniger fahren zu lassen.

Weil aber so viele Leute mit dem eigenen Auto fahren, gingen die Straßen schneller kaputt, und die Bäume wurden krank, und um alle diese Schäden beseitigen zu können,



brauchte der König viel mehr Geld, als er für die Busse gebraucht hätte, und daran mußte der weise König oft denken, wenn er nachts nicht schlafen konnte. "Ach", dachte er, "da habe ich mich wohl nicht gut beraten lassen. Aber die Kosten sind immer ein furchtbar starkes Argument meiner Räte gewesen", und er seufzte laut. Aber bei diesem Seufzer ist es leider geblieben, und es ging weiter und weiter so, wie es immer gegangen war.

Dies ist, wie gesagt, eine Geschichte aus dem Lande Sierkreschikrä, geschehen vor so langer Zeit, daß sie beginnt mit "Es war einmal".

Daß es uns hier in Kierspe nicht so geht wie in der Geschichte, hofft der RAUK sehr. Doch dazu ist es nötig, daß alle politisch Handelnden auf Stadt- und Kreisebene sich für den Erhalt des öffentlichen Verkehrs einsetzen.

Annmarei Roth



Reform des Gesundheitswesens?

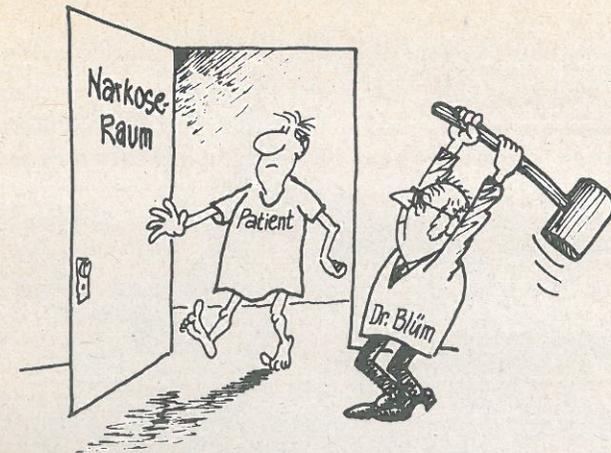
Kranksein wird künftig teurer

Unser Gesundheitswesen ist krank. Das ist nicht abzustreiten, denn die Kosten steigen stetig. Nun hat die Bonner Regierungskoalition den Weg gefunden, die Kosten zu senken, und das Rezept ist ganz einfach: die Eigenbeteiligung wird erhöht.

Die Kosten für die medizinischen Hilfsmittel, die von der deutschen Pharmaindustrie oft überteuert angeboten werden – was ein Vergleich mit dem Ausland zeigt – werden immer höher. Durch Festzuschüsse will die Bundesregierung das Problem in den Griff bekommen und hat beschlossen: Wer krank ist und künftig Heil- und Hilfsmittel benötigt, muß in die eigene Tasche greifen. Ferner sollen Gesunde dafür belohnt werden, wenn sie ein Jahr lang keinen Arzt in Anspruch nehmen. Das ist laut Erfahrungen, die die Krankenkassen nach einem ähnlichen Versuch in den 70er Jahren gemacht haben, medizinisch gefährlich. Es könnten nämlich Krankheiten verschleppt werden, um den Bonus zu erhalten. Die Behandlung wäre am Ende umso teurer.

Wer regelmäßig zu Vorsorgeuntersuchungen z.B. seiner Zähne geht, soll künftig höhere Zuschüsse bei Ersatzleistungen erhalten. Nach Meinung von Krankenkassenexperten könnte das langfristig zu einer Dämpfung der Kosten führen. Das leuchtet ein: Wer sich rechtzeitig um die Erhaltung seiner Gesundheit – z.B. der Zähne – kümmert, soll dafür belohnt werden.

Dann ist aber gar nicht zu verstehen, daß die Zuschüsse zu Badekuren gestrichen werden sollen. Gelten sie nicht der gesundheitlichen Vorsorge?



Durchsetzung alternativer Behandlungsmethoden

Fahrten im Taxi zur Behandlung sollen künftig nicht mehr erstattet werden. Bereits jetzt sind Eigenbeträge von 5 DM pro Fahrt zu zahlen. Das trifft die Patienten im ländlichen Raum mit wenigen Fachärzten am Ort und Patienten ohne eigenes Auto besonders hart. Außerdem wird der Transport im Rettungswagen für einen Gipsbein-Patienten die Kassen viel teurer kommen.

Auch die Medikamente werden für die Versicherten teurer. Bei einem Teil der Arzneimittel sollen die Patienten demnächst 20% des Preises zahlen. Für viele Medikamente gibt es nur noch Festbeträge. Die Preisdifferenz für ein teureres Medikament muß vom Patienten bezahlt werden. Die Rezeptgebühr soll auf 3 DM pro verordnetes Medikament steigen.

Der Bundesarbeitsminister sichert zwar jedem, der krank ist, die notwendige Hilfe zu. Er meint aber dabei nur einen Grundbetrag, der jedem zusteht. Chronisch Erkrankte werden aus eigener Tasche verstärkt zuzahlen müssen.

Die Hälfte der 14,5 Milliarden, die Bonn einsparen will, soll für die Pflege Schwerkranker bereitgestellt werden. Wiederum äußerten sich Krankenkassenvertreter skeptisch, daß hiermit ein gesellschaftspolitisches Problem allein auf die Krankenkassen verlagert wird. Zudem wird bezweifelt, daß der für die Pflege geplante Betrag ausreicht.

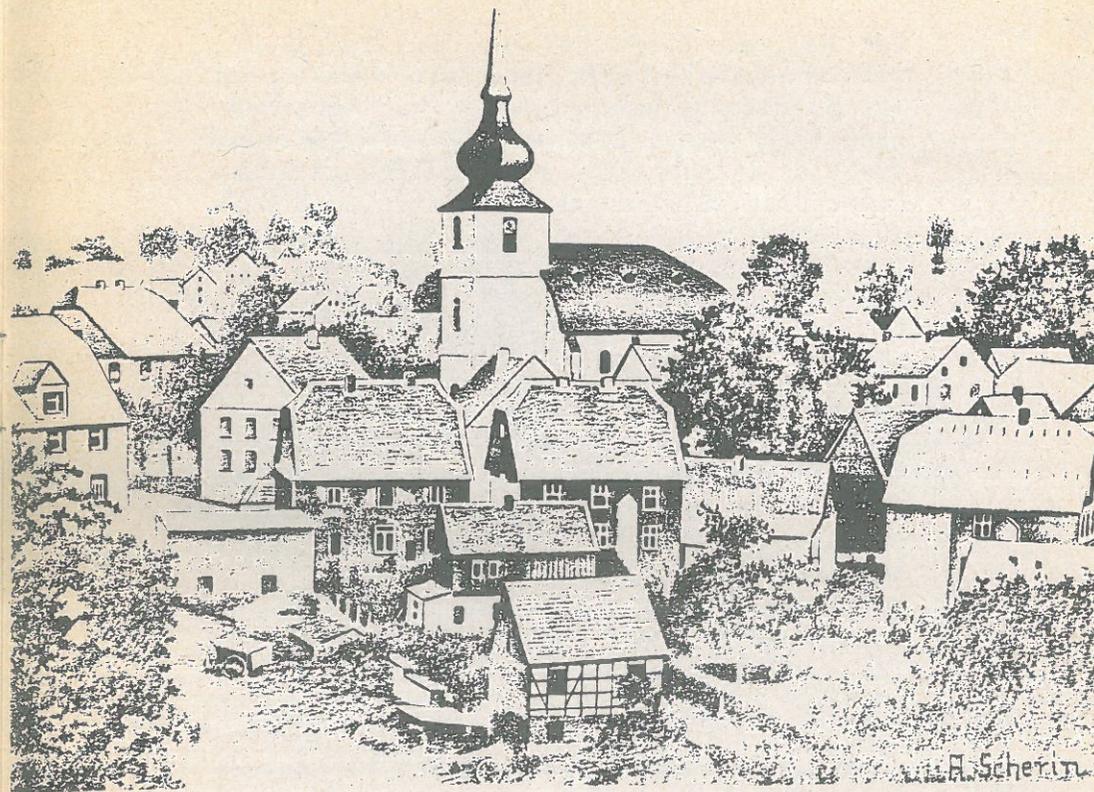
Ein besonders trauriges Kapitel ist die Sache mit dem Sterbegeld. Es soll ab 1. Januar 1989 für einen bestimmten Personenkreis entfallen. Dieses Sterbegeld war bisher ein wesentlicher Teil der Sozialversicherung. Eine Bestattung kostet heute durchschnittlich 5000,-- DM. Gerade dieser Punkt der Beschlüsse trifft die kleinen Leute besonders hart und stürzt sie wieder einmal in neue Abhängigkeit und Armut. Dabei macht die Einsparung im Haushalt für das entfallende Sterbegeld nur etwa 2,5% aus.

Fassen wir zusammen:

Sollten die Bonner Sparpläne so Gesetz werden, ist folgendes Fazit zu ziehen:

Es bestehen Zweifel, daß mit dem Modell das Ziel erreicht wird, die Krankenkassenbeiträge um 1% zu senken. Die Kosten bleiben, sie werden lediglich von den Krankenkassen auf die Kranken verlagert. Ärzte, Pharma - Industrie und Krankenhäuser, die großen Kostenfaktoren bei den Kassen, werden weitgehend nicht erfaßt. Kranksein wird eine Privatangelegenheit, und wieder mal geht nach der Steuerreform eine Reform der konservativen CDU/FDP - Bundesregierung zu Lasten der kleinen Leute.

Marli Fricke



"Altstadterneuerung in Kierspe-Dorf

Die "Pläne" zur Verschönerung des Kiersper Dorfkerns haben einige Bewohner auf die Palme gebracht.

Auf einer Einwohnerversammlung Anfang Dezember ließen sie Dampf ab: "Hände weg von der Friedrich - Ebert - Straße!" - "Wie kommt Ihr dazu, aus meinem Gärtchen einen Parkplatz zu machen?" und "Der Bürgersteig vor meinem Haus ist mir gut genug!" war da zu hören.

Unter der professionellen Moderation von Bürgermeister H.W.Potthoff (Kierspe - Bahnhof) informierte Stadtbaumeister Hüther über die Hintergründe des städtischen Vorhabens. Um was geht's?

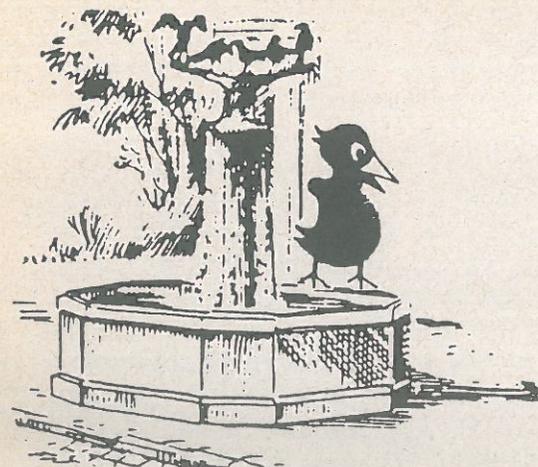
Der Rat der Stadt hat von der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein - Westfalen für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung GmbH (kurz: LEG) mit Sitz in Dortmund für vier Ortsbereiche einen städtebaulichen Rahmenplan (SRP) erstellen lassen, und zwar für:

- das Rathausumfeld
- Kierspe - Dorf
- Kölner Straße / Bahnhof
- Felderhof

Das Urteil und die Sichtweise von außenstehenden und unbefangenen Fachleuten sollen dem Rat und der Verwaltung Anregungen geben und sie vor betriebsblinden Entscheidungen bei der weiteren Gestaltung der Stadt schützen.

Nach ihrer Meinung kann Kierspe für Bewohner, Berufstätige, Käufer und Besucher attraktiver gemacht werden, indem z.B.

- die Zersiedlung unbebauter Randbereiche verhindert und Lückenbebauung harmonisch an das Vorhandene angepaßt wird;
- die Belästigung der Bewohner durch KFZ - Verkehr verringert und die bisherige Benachteiligung der Fußgänger und Radfahrer abgebaut wird;
- das Angebot von und der Zugang zu den Geschäften, Ärzten, Freizeiteinrichtungen und weiteren Dienstleistungen verbessert wird;
- schöne und historische Bereiche geschützt und aufgewertet werden;
- die Standorte für Gewerbebetriebe gesichert werden;
- und nicht zuletzt der Natur- und Artenschutz durch Erhalt von Biotopen und die Schaffung von naturnahen Lebensräumen ausgebaut wird.



Mit dem SRP werden alle zukünftigen Vorhaben und Maßnahmen der Stadt Kierspe einem Hauptziel unterstellt: Umweltverträglichkeit und Umweltverbesserung.

Die Vorschläge der LEG zur o.g. Umgestaltung der Ortsbereiche orientieren sich an den hier skizzierten Zielen. Das Ministerium für Städtebau in Düsseldorf hält diese Pläne für förderungswürdig und hat für die Veränderung des Dorfkerns die Übernahme von 80% der Kosten bis zu einer Höhe von 600.000 DM zugesagt. Da die Stadt selbst weitere 10% aus ihrem Säckel beisteuert, bleiben für die Anlieger noch maximal 60.000 DM zu zahlen. Diese Summe wäre von ca. 30 Anliegern aufzubringen. Die ev. Kirche hätte wahrscheinlich den größten Teil zu tragen.

Nach Aussage von Stadtbaumeister Hüther ist die Stadt bei der Neugestaltung von Kierspe - Dorf nicht an den Vorschlag der LEG gebunden. Eigene Planungen müssen aber den o.g. Hauptzielen verpflichtet sein, d.h. es dürfen keinesfalls Straßen mit neuen Teerdecken gebaut werden.



Der RAUK meint: die Chance, die sich hier bietet, Kierspes Kleinod wieder aufzupolieren - nachdem engagierte Kiersper Bürger mit der Margarethenkirche ja schon einen Teil davon ins rechte Licht gerückt hat - darf nicht ungenutzt bleiben. Für die Anlieger der Jahnstraße ist es ohnehin auch ein finanzielles Geschenk. Bei einer 'normalen' Erneuerung der Jahnstraße, die in nächster Zeit sowieso erforderlich ist, würden von den etwa ein Dutzend direkten Anliegern höhere Beiträge zu leisten sein. Der Stadtbaumeister als einer der Anlieger wird sich bestimmt nicht ins eigene Fleisch schneiden!



Margarethenkirche Kierspe 1978

Mit freundlicher Genehmigung von Rüdiger Hockamp, Kierspe

- Do es wat ane - ower iek meine, do können vie alle methelpen. Wann jeder Verein un jede Schaule ejnmal oder tweimal im Jahr es met ner Hacke un em Krösken dei Anlagen in Uordnunge brächten, dei sei selwer nutzt, söch manchet alt biater ut.

- Das stimmt schon, und ich habe gelesen, daß die Gesamtschule und auch einige Sportvereine sich dazu bereiterklärt haben. Hoffen wir, daß sie das auch durchhalten! Aber trotzdem: Was soll denn noch alles begrünt werden? Ich kann mir schon denken, was das werden soll. Paß auf, demnächst siehst du unser neues Rathaus nicht mehr, weil alles zugewachsen ist!

- Na und? Sei bruket jo nit gerade hundert „Jobreite“ schloosen dorinne ase Dorfköröschen Straße mit dem Bürgersteig der anderen Seite von Metzger Hoffmann bis zum ehemaligen Sozialamt mit einbezogen. In der Bürgerversammlung wurde der Vorschlag gemacht, die Erneuerung auf den inneren Dorfkern mit dem Einmündungsbereich der Lindenstraße und der Parkanlage zu beschränken. Das würde die Gesamtkosten senken, aber damit auch die Zahl der Anlieger auf ca. 20, deren Belastung sich nicht verringern würde.

Nun sind Rat und Verwaltung wieder am Zuge. Sie müssen einen Plan erarbeiten, der die Anregungen und Vorbehalte der Bürger berücksichtigt. Dieser Plan muß dann vor der endgültigen Verabschiedung nochmals mit den Bürgern beraten werden. Dabei sollten - so meint der RAUK - auch schon genauere Kostenvoranschläge gemacht werden.

Karl - Heinz Kraus



Der RAUK meint: die Chance, die sich hier bietet, Kierspes Kleinod wieder aufzupolieren - nachdem engagierte Kiersper Bürger mit der Margarethenkirche ja schon einen Teil davon ins rechte Licht gerückt hat - darf nicht ungenutzt bleiben. Für die Anliegen der Jahnstraße ist es ohnehin auch ein finanzielles Geschenk. Bei einer 'normalen' Erneuerung der Jahnstraße, die in nächster Zeit sowieso erforderlich ist, würden von den etwa ein Dutzend direkten Anliegern höhere Beiträge zu leisten sein. Der Stadtbaumeister als einer der Anlieger wird sich bestimmt nicht ins eigene Fleisch - Dag, Karl!

- Tag, Willem. Na, auch mal wieder unterwegs?

- Sieker, me maut doch op diam Loupenden bliewen! Un nu well iek ouk noch de Sitzung van unsem Stadtrat anhören un mi bi düeser Gelegenheit ouk es dian niggen Stadtdirekter anseihen. Go doch es met!

- Nee, du, das tu ich nicht! Ich ärgere mich sowieso schon genug über den Blödsinn, den die verzapfen, wenn ich nur mal in die Zeitung gucke. Stell dir nur mal vor: jetzt haben die schon einen dicken Betrag im Haushaltsplan stehen für Stadtbegrünung. Als ob nicht schon alles grün genug wäre. Sieh dir doch mal all das Grünzeug in den öffentlichen Anlagen an, das sollen die doch erst mal in Ordnung halten!

- Do es wat ane - ower iek meine, do können vie alle methelpen. Wann jeder Verein un jede Schaule ejnmal oder tweimal im Jahr es met ner Hacke un em Krösken dei Anlagen in Uordnunge brächten, dei sei selwer nutzt, söch manchet alt biater ut.

- Das stimmt schon, und ich habe gelesen, daß die Gesamtschule und auch einige Sportvereine sich dazu bereiterklärt haben. Hoffen wir, daß sie das auch durchhalten! Aber trotzdem: Was soll denn noch alles begrünt werden? Ich kann mir schon denken, was das werden soll. Paß auf, demnächst siehst du unser neues Rathaus nicht mehr, weil alles zugewachsen ist!

- Na und? Sei bruket jo nit gerade hundert Jahre te schlopen dorinne ase Dornröschen im Märchen. Ower im Ärnste: iek meine, et Künn üowerhoupt nit gräun genaug sien bi uns. Denk doch es, wo schön dat frögger utsog, ase dei grouten Böume noch an dian Stroaten stunnen. Un et sog nit blous schön ut; Böume un Strüker hollt de Lucht reine un versuorget uns met Sauerstoff, dian vie alle taum Liawen bruket.

- Mag ja alles stimmen, aber die Zeiten haben sich geändert, sollen denn dauernd Autos gegen die Bäume fahren? Sie sind doch nur Verkehrshindernisse. Und das Grünzeug, das an den Wänden hochklettert, macht doch bloß den Putz kaputt und muß dauernd geschnitten werden, damit die Fenster nicht zuwachsen!

- Du büs en dullen Trapp! Iek meine, se sollen alle en bietken langsamer föüern, wo Mänschen rümmeloupet un Blagen ööwer de Stroate weelt. Iek hewwe noch nü ehort, dat en Boum Kier en Auto esprungen es, luter was et ümmekiart! Wat du ööwer dei Kletterplanten un dian Putz esagt hiast, stemmet ouk nit. Diam Putz maket sei ööwerhaupt nix, ower sei suorget dofüör, dat Rian un Wind nit an de Müern Küemet. Dat maket dei Hüser wiärmer un helpet, düere Heizenergie te spoaren.



- Vielleicht hast du recht, aber warum soll gerade die Stadt Geld dafür ausgeben, das sie woanders nötiger brauchte?
- Dorop maut iek schriftdütsch antworten, damet et alle verstohn kunnt: Vielleicht will die Stadt damit nur ein Beispiel geben. Wenn dann viele Kiersper sehen, wie gut das aussieht, was die Stadt da gemacht hat, fällt ihnen auch vielleicht ein, wie sie mit ein paar Büschen oder einem Baum, mit einer mit Efeu oder wildem Wein bewachsenen Wand erstens etwas für unser Klima tun können, zweitens Heizkosten sparen und drittens auch noch dazu beitragen können, daß unser Kierspe schön aussieht.

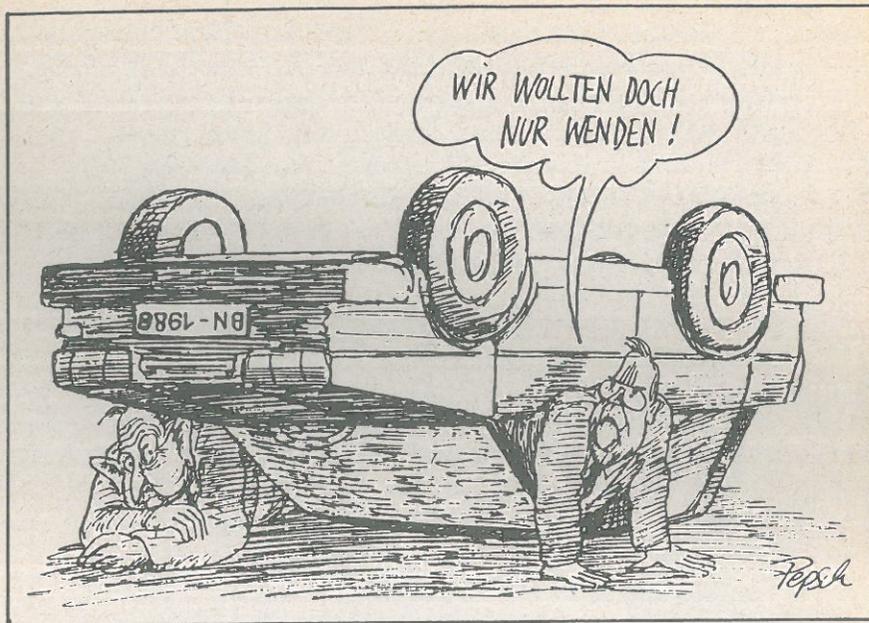
- Du, da wüßte ich übrigens einen, der sich dann auch mal ein Beispiel nehmen könnte: ich meine unseren Postminister Schwarz - Schilling. Vielleicht kommt er dann mal auf die Idee, die trostlosen, kahlen Fernmeldegebäude an der Friedrich - Ebert - Straße und in Rönsahl durch etwas Grün viel freundlicher aussehen zu lassen - an Geld wird es ja wohl nicht scheitern bei der Bundespost!

- Sieker nit - un et giatt sou vielle Stien, wo me met etwas Phantasie un em klein biatken Gräun ut ner kahlen Wand en Schmuckstück maken künn - me maut blous en biatken drüöwer nodenken!

Werner Keune

Seit einiger Zeit geistert der Begriff "Altstadt" durch Kierspe-Dorf. Dem RAUK sträubt sich das Gefieder. Wie kann aus einem altem Dorf eine "Altstadt" werden? Er befürchtet, daß er eines Tages in der "Altstadt" seine "Dorfschänke" nicht mehr finden wird. Außerdem gefällt es ihm gut, daß durch die Bezeichnung 'Dorf' und 'Bahnhof' an die geschichtliche Entwicklung Kierspes erinnert wird. Der RAUK wünscht sich, daß dies so bleibt.





JOHANNES RAU:

Niemand von uns will und darf die schweren strukturellen und sozialen Probleme, insbesondere im Ruhrgebiet, herunterspielen. Produktion und Arbeitsplätze bei Kohle und Stahl sind in Gefahr. Landespolitik kann und muß dazu beitragen, die Folgen der Krise und des Strukturwandels für die Menschen zu mildern. Aber aus eigener Kraft kann sie wirtschaftliche Entwicklungen nicht korrigieren, die in der ganzen Welt traditionsreiche Industrieregionen verändern, und zwar in einer Weise, die anderen Orten noch mehr einer Heimsuchung ähnelt als hier bei uns.

Wir plädieren für eine Gemeinschaftslösung, die wir als Zukunftsinitiative Montanregionen eindeutig beschrieben haben, wir unterstützen auch das Überbrückungskonzept der IGBE. Nur mit solchen Anstrengungen, die Bund, Länder, Unternehmer und Gewerkschaften, in besonderer Weise aber auch uns selber, einbinden, können dem Bergbau und einer modernen Stahlindustrie Zukunft gesichert werden.

Noch ist Zeit für Einsicht und hilfreiches, zukunftsgerichtetes Handeln, in Brüssel, in Bonn, in Düsseldorf, aber auch in den Unternehmeretagen. Wenn über Recht auf Arbeit und Zukunft der Arbeit soviel nachgedacht würde wie über eine Steuerreform, die Kleinverdiener, Gemeinden und Länder benachteiligt, wenn politischer Wille sich mit gleicher Leidenschaft gegen den Skandal der Arbeitslosigkeit wenden würde, wie sie für die Sicherung von Airbus-Werken und Landwirtschaft aufgebracht wird, nicht zu reden von den endlosen Diskussionen zum Thema „Vermummung“ - dann wäre schon viel gewonnen!

Es geht nicht darum, eine „marode“ Industrie zu retten, sondern intakte moderne Produktionsstätten zu bewahren und qualifizierte Arbeitskräfte nicht ins Abseits zu stellen, und es geht auch darum, im unabwendbaren Strukturwandel eben alte und unrentable Strukturen durch neue zu ersetzen. Niemand kann neue Arbeitsplätze herbeibefehlen. Aber ist nicht die Stunde da, in der Staat und Wirtschaft, Unternehmer und Gewerkschaften den Menschen in einer benachteiligten Region ganz konkret und langfristig Zukunftshilfe durch eine neue Investitionspolitik gewähren müssen?

Unsere nordrhein-westfälische Politik der Technologie- und Forschungsförderung ist seit Jahren auf einem guten Weg. Wir haben Grundlagen für den Wandel geschaffen. Das Gebot vernünftiger Umweltpolitik beispielsweise hat die Entwicklung von Umwelttechnik bei uns beflügelt; sie ist längst zum wichtigen Exportartikel geworden. Wer sich umschaufelt bei uns und genau hinsieht, dem ist klar: Dies ist ein modernes Land, und nicht einmal die Probleme von Kohle und Stahl rechtfertigen das oft leichtfertige Gerede vom „Gefälle“ zwischen Süd und Nord oder gar vom „Sterben einer Region“. Wir leben und wohnen in Städten und Landschaften, die reich sind an Kultur und Freizeitangeboten, an Musterbetrieben und großzügigen Lern- und Forschungsstätten. Da steckt der „Arbeitswert“ von Millionen Bürgern und freilich auch die investive Kraft der Nachkriegsjahrzehnte drin. Wer von unseren „Schulden“ spricht, sollte nicht vergessen, daß Politik damit dem Bürger gab, was sie dem Bürger „schuldig“ war! Und zwar in Form von Wohnung und Straße, von Schule und Krankenhaus, von Theater und Sportstätte, von Parks und Museen und all dem, das die Menschen hier Heimat finden läßt.